

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jörg Leichtfried,
Genossinnen und Genossen

betreffend keine Vervierfachung der CO₂-Steuer bis 2030

eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 25. Mai 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 8 Antrag der Abgeordneten Mag. Andreas Hanger, Mag. Dr. Jakob Schwarz, BA, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Erdgasabgabengesetz, das Elektrizitätsabgabengesetz und das Bundesgesetz über den Energiekrisenbeitrag-Strom geändert werden (3373/A).

Die Bundesregierung hat Österreich zum Inflationseuropameister gemacht. Es gibt heute kein einziges Land in Westeuropa mit einer höheren Teuerung als Österreich. Alle Warnungen der Oppositionsparteien wurden in den Wind geschlagen. Man war nicht bereit regulatorisch in die Preise einzugreifen, sodass die Preise wie in anderen Länder wieder sinken, statt weiter zu steigen.

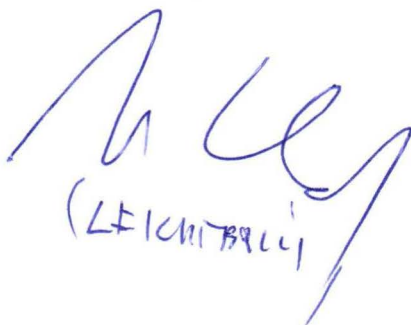
Wenn es allerdings darum geht Maßnahmen zu setzen, die preiserhöhend wirken, ist die österreichische Bundesregierung nicht so zimperlich. Man hätte die CO₂-Steuer auf Antrag der SPÖ aussetzen können, stattdessen wurde sie mit 1.1.2023 sogar erhöht. Wie das Nachrichtenmagazin Profil aufdeckte, gibt es im Ministerium von Umweltministerin Gewessler konkrete Pläne, die CO₂-Steuer bis zum Jahr 2030 sogar auf 240 Euro pro Tonne – im Vergleich zu 55 Euro pro Tonne im Jahr 2025 – mehr als zu vervierfachen.

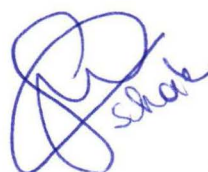
Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden


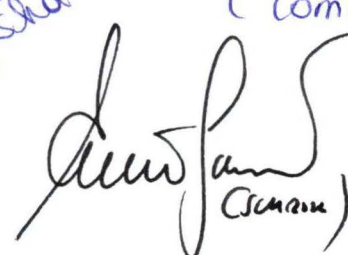
Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die medial kolportierten Pläne von Umweltministerin Gewessler, die CO₂-Steuer bis zum Jahr 2030 auf 240 Euro pro Tonne zu vervielfachen, nicht umzusetzen“.


(LEICHTFRIED)
Wimmer
CLAIMER


Schwarz


C. Ecker
(Cornelia Ecker)

Hanger
(Andreas Hanger)